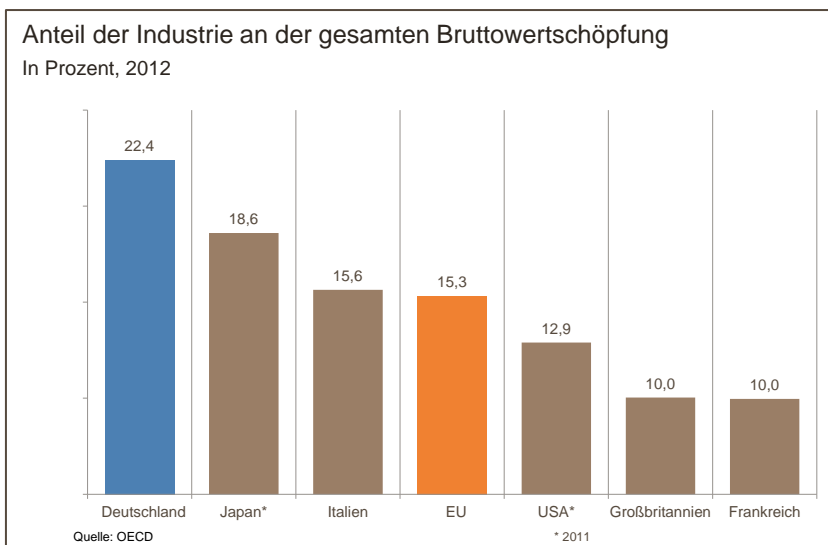


Daten und Fakten zum Thema:

Initiative „Industrieland Deutschland stärken“

Deutschland ist ein Industrieland

- Deutschland ist der viertgrößte Industriestandort der Welt – hinter China, den USA und Japan. Sein Anteil an der globalen Industrieproduktion beträgt rund 6 Prozent.
- Die Industrie hat in Deutschland im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ein deutlich höheres Gewicht. Ihr Anteil an der deutschen Bruttowertschöpfung lag in den zehn Jahren bis zur Wirtschaftskrise 2009 stabil bei knapp 23 Prozent. Nach einem Einbruch aufgrund der Krise erholte sich der Anteil der Industrie am BIP schnell und erreichte bereits 2011 wieder einen Wert von über 22 Prozent.



- Die Industrie ist der Wachstumsmotor Deutschlands. Während die Produktivität in der Industrie seit dem Jahr 2000 um 31 Prozent zugenommen hat, stieg sie in der gesamten Wirtschaft nur um 16 Prozent.

Die Industrie leistet viel für Deutschland

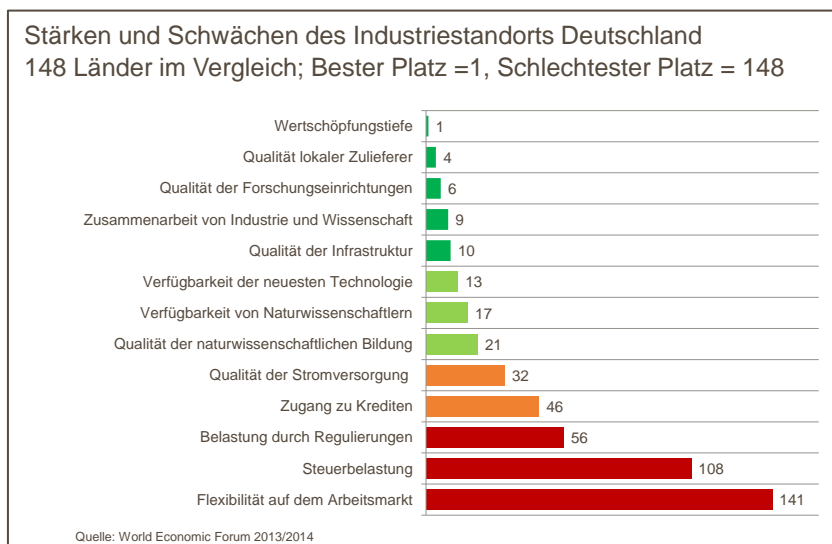
Industrie, Deutschland (2012)	absolut	Anteil an gesamter Wirtschaft
Wertschöpfung	534,4 Mrd. €	22,4 Prozent
Beschäftigte*	5,9 Mio.	14,3 Prozent
Ausgaben für FuE	57,6 Mrd. €	86,5 Prozent
Exporte	1.163,2 Mrd. €	85,2 Prozent
Unternehmenssteuern**	111,9 Mrd. €	18,9 Prozent (des kassenmäßigen Steueraufkommens)
Jahresentgelt je Beschäftigtem	49.204 €	132,5 Prozent (des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts)

* Abgrenzung nach Betrieben

** Gewerbe-, Einkommen- und Körperschaftsteuer (inkl. Soli) aller Gewerbebetriebe

Der Industriestandort Deutschland – Stärken und Schwächen

- Das World Economic Forum (WEF) bewertet jährlich wichtige Standortfaktoren von inzwischen 148 Ländern und erstellt auf dieser Basis ein Länderranking. Deutschland erreicht bei vielen Indikatoren gute (grüne), bei einigen aber auch schlechte (rote) Platzierungen.



Das Ranking zeigt: Deutschland ist ein guter Industriestandort. Ob bei der Qualität lokaler Zulieferer, den Forschungseinrichtungen, der Infrastruktur oder der Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft: Deutschland findet sich unter den besten 20 Nationen. Insgesamt belegt Deutschland nach den 114 Indikatoren des WEF Platz 4 in der Gesamtliste und damit 2 Rangplätze besser als im Jahr davor.

- Damit die zentrale Lage in Europa ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands bleibt, ist eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und kostengünstige Logistik erforderlich. Basis hierfür ist eine bedarfsgerechte, intakte und lückenlose Verkehrsinfrastruktur. Auch wenn Deutschland derzeit vom Ausland noch relativ gut bewertet wird, leben wir in weiten Teilen von der Substanz: Wurden 1970 noch 4,3 Prozent des BIP in die Verkehrsinfrastruktur investiert, waren es 2011 laut OECD (ITF Transport Outlook 2013) nur noch 0,7 Prozent. Laut IW-Studie vom Februar 2014 sehen mittlerweile 64 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit durch Mängel im Straßenverkehrsnetz beeinträchtigt. Die neue Bundesregierung ist sich der Problematik bewusst und hat für diese Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Sanierung von Brücken und Gleisen im Bundeshaushalt vorgesehen. Es ist unabdingbar, dass die Infrastruktur in einem leistungsfähigen Zustand erhalten wird.
- Gerade die chemische Industrie hat an einer guten Infrastruktur ein großes Interesse, denn die Branche ist eine der transportintensivsten in Deutschland. Sie verantwortet rund 6,5 Prozent des gesamten Güterverkehrsaufkommens. Bundesweit ist sie der zweitgrößte Auftraggeber von Transportdienstleistungen, denn ein Großteil der Chemieproduktion geht an industrielle Weiterverarbeiter. Um der Politik die Dringlichkeit des Problems vor Augen zu führen und Empfehlungen für Handlungsprioritäten zu geben, hat der VCI im Januar 2014 die Initiative "Infrastruktur" ins Leben gerufen. Langfristig darf sich Deutschland aber nicht nur auf den Erhalt des Bestehenden beschränken, sondern muss auch den Ausbau aller Verkehrsträger vorantreiben.
- Verbesserungspotenzial gibt es im Bildungs- und Forschungsbereich. Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen zuletzt leicht und liegen derzeit bei 0,96 Prozent des BIP. Die Wirtschaft hat ihren Anteil sukzessive auf 2,02 Prozent gesteigert.
- Die Zahl der Absolventen mathematischer, informationswissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher und technischer (MINT) Fächer ist in Deutschland unterdurchschnittlich: Von 100.000 Beschäftigten haben hierzulande etwa 1.940 einen MINT-Abschluss. In Frankreich sind es mehr als 2.700 Personen, in Großbritannien 2.500 und in Polen fast 2.100.

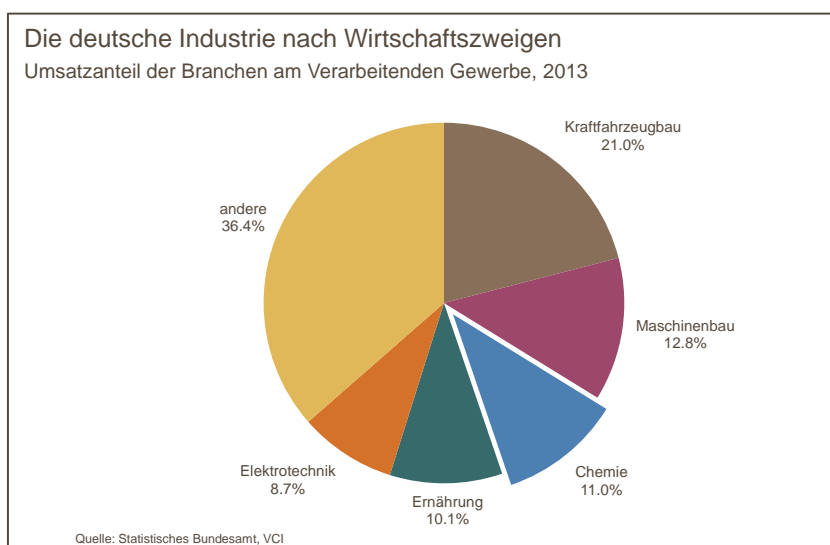
- Deutschland gibt insgesamt 5,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus und liegt damit unter dem OECD-Durchschnitt von 6,3 Prozent sowie unterhalb des EU-Schnitts.
- Die deutsche Position im Bereich der Energieversorgung hat sich verschlechtert. Sollten sich die Sorgen um zukünftige Preissteigerungen und Versorgungsengpässe durch die Energiewende als berechtigt erweisen, ist eine weitere Verschlechterung unvermeidlich.
- Die Belastungen aufgrund von Regulierungen und Steuern sind in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch.

Studie belegt die Bedeutung inländischer industrieller Wertschöpfungsketten

- Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) haben inländische Wertschöpfungsverbünde trotz der Globalisierung für die deutschen Unternehmen noch immer eine Schlüsselstellung. Der Anteil inländischer Zulieferungen an der Industrieproduktion ist nahezu konstant, und die wichtigsten Lieferanten und Kunden sitzen für den Großteil der Unternehmen noch immer im Inland – ein Befund, der sich trotz zunehmend globaler Wertschöpfungsketten nur langsam ändern wird.
- Der Vorteil Deutschlands liegt in der Vielfalt von Kompetenzen auf recht engem Raum. Er schlägt sich insbesondere in gemeinsamen Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten von Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen nieder.
- Die Umfrage des IW zeigt zudem: Energieintensive Betriebe sind wichtige Innovationspartner in diesem Industrienetzwerk.
- Bei den befragten Unternehmen herrscht große Unsicherheit über die Folgen der Energiewende: 80 Prozent haben keine klaren Erwartungen, 19 Prozent sehen Gefahren, nur 1 Prozent sind optimistisch. Viele Unternehmen sind besorgt, dass bei schlechtem Management der Energiewende und weiter steigenden Energiekosten wichtige Zulieferer wegfallen.

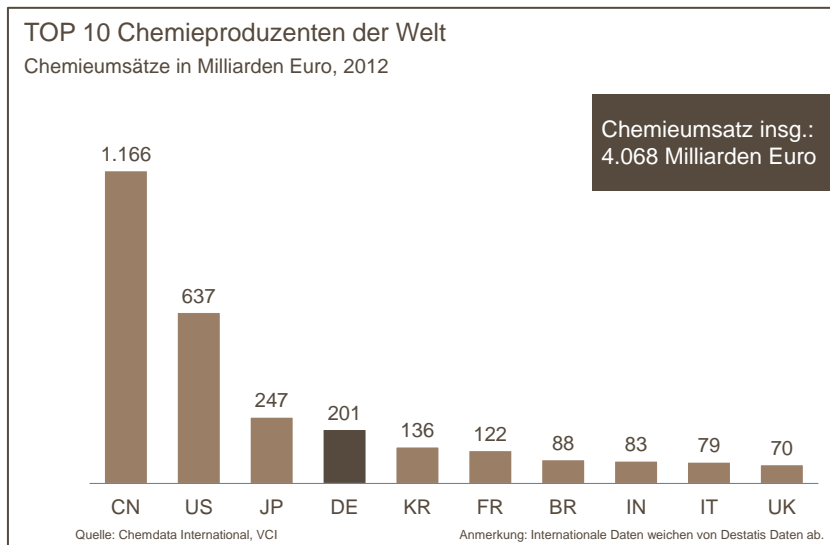
Die deutsche Chemie ist ein Eckpfeiler des Industrielandes Deutschland

- Die Chemieindustrie ist einer der bedeutendsten Industriezweige in Deutschland. Sie erwirtschaftete 2013 mehr als 190 Mrd. Euro. Damit liegt sie hinter dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau auf dem dritten Platz.



- Rund 438.000 Beschäftigte arbeiteten 2013 in den deutschen Chemieunternehmen.
- Deutschland ist Exportweltmeister in Serie für chemische Erzeugnisse. Die Chemie trägt wesentlich dazu bei, dass Deutschland eine führende Exportnation ist.

- Deutschland war 2012 im internationalen Vergleich die viertgrößte Chemienation hinter China, USA und Japan. In Europa ist Deutschland mit Abstand der bedeutendste Chemiestandort – vor Frankreich und Italien.



Industriepolitische Entwicklungen in Deutschland und Europa

Neue Bundesregierung: Wird sich die Wertschätzung für die Industrie in der Politik niederschlagen?

- CDU/CSU und SPD haben mit ihrem Koalitionsvertrag die Chance für wichtige industriepolitische Weichenstellungen verpasst.
- Zwar haben die drei Regierungsparteien im Koalitionsvertrag den Wert einer starken Industrie für den Wirtschaftsstandort Deutschland hervorgehoben. Die im Vertrag avisierten Maßnahmen weisen jedoch nicht in diese Richtung. Der Vertrag lässt manches offen, wichtige Reformen werden vertagt und nur auf einige größere Zusatzlasten wird verzichtet.
- Die Fortschreibung der Härtefallregelungen für energieintensive Unternehmen war eine wichtige industriepolitische Entscheidung der neuen Bundesregierung. Eine grundlegende Reform des EEG - für den Erfolg der Energiewende unverzichtbar - steht aber noch aus.
- Auch über den Koalitionsvertrag hinaus gibt es in der neuen Legislaturperiode Risiken für die Industrie und die wirtschaftliche Entwicklung: Abgeordnete mit "industriellem" Erfahrungshorizont sind im neuen Bundestag und in den Koalitionsfraktionen kaum vertreten. Das Bundeswirtschaftsministerium wurde durch Führungspersonal aus dem Bundesumweltministerium verstärkt, das auf eine "ökologische Industriepolitik" hinzuarbeiten scheint.

Bündnis 90/Die Grünen wollen Umbau der Industrie durch "grüne Industriepolitik"

- Am 1. September 2011 verabschiedete die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Beschluss „Grüne Industriepolitik“. Sie erkennt darin an, dass eine innovative Industrie unverzichtbar ist und auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielt.
- Diese Industriepolitik verfolgt aber eine primär ökologische Zielsetzung: Die Wirtschaft soll ökologisch umgebaut, energie- und ressourceneffizient werden. Die Chemie soll in Zukunft ohne fossile Rohstoffbasis auskommen.
- Der Umbau der Industrie soll durch strenge Zielvorgaben, marktwirtschaftliche Instrumente, Steuern und Abgaben auf Ressourcen sowie Ordnungsrecht erreicht werden.

EU-Institutionen wollen Europa reindustrialisieren

- Die Europäische Kommission hat sich in der Agenda "Europa 2020" ein intelligentes und integratives Wachstum zum Ziel gesetzt. Nachhaltiges Wachstum soll durch die Leitinitiativen "Integrierte Industriepolitik" und "Ressourcenschonendes Europa" erreicht werden.
- Am 28. Oktober 2010 hat die Europäische Kommission ihre industriepolitische Mitteilung "Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung" veröffentlicht. Am 10. Oktober 2012 und am 22. Januar 2014 hat sie ihre industriepolitische Strategie weiterentwickelt bzw. bestätigt.
- Die Kommission will Europas Wachstumskräfte stärken, indem sie den Kontinent mittels einer "dritten industriellen Revolution" revitalisiert. Der Industrieanteil am BIP soll bis 2020 auf 20 Prozent steigen, der Anteil der Investitionen auf 23 Prozent.
- Ansatzpunkte der Kommission zur Stärkung der Industrie sind die Unterstützung von Investitionen und Innovationen. Diese sollen über sektorale Prioritäten und horizontale Maßnahmen gesteigert werden. Bisher werden die Zweifel bestätigt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen in ausreichendem Maße Investitionen anregen werden.
- Die sechs prioritären Felder der Kommission unterstützen primär ihre Ressourceneffizienzziele. Allein bei der Unterstützung von Schlüsseltechnologien lässt sich ein breiter, nicht dirigistischer Ansatz ausmachen.
- Die horizontalen Maßnahmen setzen am Ausbau des Binnenmarktes, der Unterstützung auf internationalen Märkten und der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen an. Zudem soll der Zugang zu Finanz- und Humankapital verbessert werden.
- Positiv: In ihrer Mitteilung von 2010 hatte die Kommission vorgeschlagen, neue Gesetzgebungsinitiativen einem "Wettbewerbsfähigkeits-Check" und die kumulative Wirkung von Regulierungen einem "Eignungstest" zu unterziehen. 2014 werden für die Chemie ein solcher Eignungstest und eine "kumulative Kostenabschätzung" durchgeführt.
- Mit der parallelen Leitinitiative "Ressourcenschonendes Europa" befördert die Kommission einen politisch induzierten und ökologisch motivierten Umbau der Wirtschaft über eine starke staatliche Steuerung von Investitionen, Marktprozessen sowie der Nachfrage. Ihre Vorschläge belasten die Industrie in vielfältiger Weise und blockieren Investitionen. Die Kommission versäumt es, diese Vorschläge konsequent auf die kosteneffizienteste Instrumentenwahl zu prüfen, um Europa als Industriestandort attraktiver zu machen.
- Die Europäische Kommission musste im Herbst 2013 eingestehen, dass der Industrieanteil Europas weiter gesunken ist, so dass sich die EU weiter von ihrem 20-Prozent-Ziel entfernt hat. Im März 2014 kam der Befund hinzu, außer den Energie- und Klimazielen auch die anderen Ziele von Europa 2020 zu verfehlen.
- Der VCI hat im Dezember 2013 vorgeschlagen, dass die EU einen "Hüter für Wettbewerbsfähigkeit" installiert – dieser könnte in der Kommission, im Generalsekretariat und/oder in der Ratsformation beheimatet sein.
- Die Europäische Kommission hat im Frühjahr 2014 eine Stakeholder-Konsultation eingeleitet, um eine Halbzeitbewertung ihrer Europa 2020-Strategie im Frühjahr 2015 vorzubereiten.